

Deutschland.

Berlin, 17. Juni. [Amtliches.] Der Referendar Heinrich Reinartz zu Düsseldorf ist auf Grund der bestandenen großen Staatsprüfung zum Advocaten im Bezirk des Königlichen Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden. (Reichs-Anz.)

○ Berlin, 17. Juni. [Bundesrath.] — Dementi. — Das Dotationsgesetz. — Regierungsrath v. Kügelgen. — Wunder.] Der Bundesrath wird die nächsten dringendsten Aufgaben voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche erledigen können und sich dann bis zum Herbst vertagen. — Durch die Presse geht die Nachricht, daß der Minister des Innern und zwar noch vor dem Abschluß der parlamentarischen Verhandlungen über die Provinzialordnung die Oberpräsidenten angewiesen habe, mit der Wiederbesetzung vacant werdender Beamtenstellen zunächst nicht vorzugehen. Die Note wird irrtümlich als offiziell bezeichnet. Eine solche Anordnung ist bisher nicht ergangen und konnte nach Lage der Verhältnisse nicht ergehen. Sie würde auch nicht vom Minister des Innern allein erlassen werden können. — Beabsichtige Ausführung des Dotationsgesetzes in denjenigen Provinzen, welche nicht die neue Provinzialordnung erhalten, ist eine Berufung der betreffenden bisherigen Provinzial- und Communalstände erforderlich. Dieselbe wird voraussichtlich im August und September stattfinden. — Der bisher im Ministerium des Innern beschäftigte Regierungsrath von Kügelgen ist als Hälftsarbeiter in das Handelsministerium berufen worden. — Das französisch-ultramontane Wundermittel, das Wasser zu Lourdes, spielt auch in den Frauenklöstern am Rhein eine große Rolle. Soeben erzählen die ultramontanen Blätter wieder eine Wunderkur, welche die Schwestern vom heiligen Borromäus zu Trier mit dem Wasser von Lourdes vollbracht haben wollen. Eine derselben war an einem gefährlichen Geschwür im inneren Ohr erkrankt und nach mehrwöchentlichem Leiden bereits völlig entkräftet und ausgegeben. Ihr trostloser Zustand wird in den grellsten Farben geschildert. Alle ärztlichen Mittel waren ohne Wirkung erschöpft. Da wurde am 1. Februar ein neuntägiges Gebet an die Mutter Gottes zu Lourdes angeordnet; am achten Tage, nachdem sich der Leidenzustand noch immer gesteigert hatte, wurde der heiße Kopf der Kranken mit dem Wasser von Lourdes gewaschen und ihr sieben Kreuzchen auf die Stirn mit demselben Wasser unter jedesmaliger Anrufung Unserer lieben Frau von Lourdes gemacht. Die Kranke mußte dann geloben, ein Jahr lang täglich 7 Ave Maria zur Ehre der heiligen Jungfrau von Lourdes zu beten. Darauf schlief sie ein. Am folgenden Morgen erhebt sie sich frisch und gesund, geht in die Kirche, hört triend die Messe und ist seitdem gesunder als zuvor. So lautet die Wunder-Erzählung, welche jetzt mit immer neuen Ausschmückungen von Blatt zu Blatt wandert, auffälliger Weise erst mehrere Monate nach dem angeblichen Vorgange. Unmittelbar nach dem Ereignisse war in glaubwürdigster Weise aus dem Mutterhaus selbst nur bekannt geworden, daß der Anstaltsarzt eine sehr glückliche Operation durch Auseinander des Geschwürs gemacht hatte. Inzwischen aber scheint das Wasser von Lourdes nicht bloss bei den genannten Schwestern, sondern auch bei anderen Orden zu besonderer Geltung gelangt zu sein.

[Internationale geographische Ausstellung in Paris.] In der Zeit vom 15. Juli bis 15. August d. J. wird in Paris bei Gelegenheit des 2. internationalen geographischen Congresses durch die Pariser geographische Gesellschaft und unter Leitung einer von dieser gebildeten Central-Commission eine internationale Ausstellung von Gegenständen veranstaltet werden, welche sich auf das Studium der Geographie und der ihr verwandten Wissenschaften beziehen. Die geographische Gesellschaft in Paris hat den lebhaftesten Wunsch zu erkennen gegeben, daß diese Ausstellung in Preußen eine recht zahlreiche Beteiligung finden möge. Die Ausstellung wird in dem Tuilerienpalast stattfinden, in welchem für die deutschen Gegenstände ein besonderer, reichlich bemessener Saalraum reservirt wird.

Die Vertretung der preußischen Aussteller bei der internationalen geographischen Ausstellung ist dem bei der preußischen Botschaft in Paris beschäftigten Herrn Rudolph Lindau, No. 4 rue Solferino übertragen worden. An denselben wollen sich diejenigen, welche an der Ausstellung teilzunehmen wünschen, mit ihren Anmeldungen so bald als irgend möglich wenden.

Das Secretariat der Gesellschaft für Erdkunde in Berlin, Krautstraße Nr. 42, hält die erforderlichen Formulare für die Anmeldungen, sowie die Ausstellungs-Reglements bereit, welche die Aussteller von diesem beziehen wollen.

Bonn, 16. Juni. [Schließung des Convicts.] Das Ministerium hat einen Schritt gethan, der den Ernst derselben in der Verfolgung des gesteckten Ziels zeigt. Das Convict wird mit Schluss des gegenwärtigen Semesters aufgelöst, dagegen die Einrichtung getroffen werden, daß katholische Theologen theils unentgegnetlich, theils gegen geringen Preis Wohnung und Kost in einem Gebäude erhalten, wo sie nicht unter geistlicher Leitung, sondern nur unter der Aufsicht der akademischen Behörden stehen würden, während im Hause ein Hausmeister allein fungiren wird. Mit diesem Schritt ist der Heerd aufgelöst, von dem alle Intrigen und Machinationen unter den Studirenden ausgingen, der Ort, wo den Theologen solcher Geist eingepflanzt wurde, dessen Früchte wir in den Hezblättern der Capläne, in den Hexen- und Teufelsbeschwörungen und im Fanatismus vor Augen haben. Die Rechtsverhältnisse liegen einfach. Alle Geistlichen, fünf an der Zahl, da auch der Deconom und Hausmeister geistlich ist, stehen auf halbjähriger Kündigung, die Anstalt selbst ist vom Staaate errichtet, in Wirklichkeit aber nur in so weit unter Kontrolle derselben gewesen, daß der Inspector dem Curator mittheilte, so viel er gut fand.

Bochum, 16. Juni. [Presprozeß.] Die „Westf. Volkszeitung“ hat dem hiesigen Kreisgerichte abermals Stoff zu einer Verhandlung geboten. Im März d. J. hatte sie der „Germania“ eine Correspondenz aus Brilon entnommen, in welcher die kgl. Regierung zu Arnsberg eine schwere Beleidigung erblickte. Herr Suren, der gegenwärtige „stellvertretende“ Redakteur der „Westf. Volkszeitung“, hatte einen unserer besten Rechtsanwälte bewogen, seine Vertheidigung zu übernehmen. Die scharfsinnigen Ausführungen derselben blieben jedoch ohne Erfolg. Der Gerichtshof erkannte in Übereinstimmung mit dem Antrage der Staatsanwaltschaft gegen den Angeklagten auf Grund des § 185 des Str.-G.-B. und § 20 des Preßgesetzes auf eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten, die Tragung der Prozeßkosten und den Abdruck des Denors des Erkenntnisses in der „Westf. Volkszeitung“.

Jugenheim, 17. Juni. [Erzherzog Albrecht] wird am 19. d. zum Besuch des Kaisers Wilhelm nach Ems abreisen und sich von dort nach Coblenz begeben.

Heiligenstadt, 16. Juni. [Ein mein eidiger Pfarrer.] Die „Mainzer Zeitung“ berichtet: Im gestrigen Schwurgericht wurde wie

sich telegraphisch berichtet, der katholische Pfarrer Karl Hilsenberg aus Hiptedt im Kreise Worbis, wegen wissentlichen Meineides zu 2 Jahren Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Unfähigkeit, je wieder als Zeuge vereidigt zu werden, verurtheilt. Der Angeklagte, ein Mann von 43 Jahren, leugnete seine Schuld und die Verhandlung bot auch so viele Zweifel, daß sie erst in der Nacht endete. Der Thatbestand war in Klize folgender: Gerade heut vor einem Jahre war der Untersuchungsrichter des Kreisgerichts Worbis in Hilsenbergs Pfarrhause erschienen, um die Nr. 4 des „Amtlichen Kirchenblattes für die Diözese Paderborn“ in Beischlag zu nehmen, in welcher der oft erwähnte hiesische Hirtenbrief vom 14. März 1874 abgedruckt steht, und um Hilsenberg zu vernehmen, ob er diesen Hirtenbrief in seiner Pfarrkirche verlesen habe. Beim Eintritt in das Pfarrgehöft traf der Richter zufällig noch zwei andere Pfarrer des Kreises, Bierschenk und Döring. Er bat diese, weil sein amtlicher Auftrag sich auch auf sie beziehe, noch einige Zeit zu verweilen, und fragte die 3 Pfarrer, ob sie den Erlass des Bischofs in Nr. 4 des Kirchenblattes verlesen hätten. Diering antwortete sofort verneinend, da er kanf gewesen sei. Hilsenberg und Bierschenk antworteten fast gleichzeitig: „das müssen wir ja tun, wir gehorchen unserem Bischofe“ und erklärten dann, daß sie das „Kirchenblatt“ freiwillig nicht herausgeben, sondern nur der Gewalt weichen würden. Da der Richter auf den ihn begleitenden Gerichtsboten hinwies, bemerkte Hilsenberg, dies erachte er als genügende Gewalt, er werde das Blatt finden lassen. Nachdem der Richter den Boten fortgeschickt, trat er mit den drei Geistlichen in das Pfarrhaus ein, nahm dort ein kleines Protocoll auf, das die Pfarrer unterzeichneten, nahm in Hilsenbergs Gegenwart in dessen Archive die Nr. 4 des Kirchenblattes in Beischlag, legte die als straffällig bezeichnete Stelle desselben dem Pfarrer Bierschenk ausdrücklich zum Durchlesen vor und entfernte sich sodann, höchst sein Bedauern über seinen unangenehmen Auftrag aussprechend. Nachdem gegen Bierschenk und Hilsenberg wegen Verlejung des Hirtenbriefes eingeschritten war, widersetzten sie ihr Geständniß und behaupteten, sie hätten sich in der Nummer des Kirchenblattes geirrt also einen ganz anderen Hirtenbrief im Sinne gehabt. Durch einen Zufall trug nämlich die Nummer des Blattes, welche eigentlich Nr. 6 heißen sollte und welche am 15. Juni in Hilsenbergs Hände kam, den Druckschalter Nr. 5 an der Spitze (die wirkliche Nr. 5 war schon in Mai erschienen), und wenn Hilsenberg diese falsch gedruckte Nr. 5 schon geahnt hätte, ehe der Untersuchungsrichter in sein Haus kam, so wär es ja sehr entschuldbar gewesen, wenn er, nach Nr. 4 gefragt, an die unmittelbar vorhergehende Nummer vom Mai gedacht hätte. Nun aber ergab die gestrigste Verhandlung zur Erde, daß er die falsch gedruckte Nr. 5 zwar an demselben Tage, wo der Richter bei ihm war, aber erst nach dessen Weggehen bekommen hatte. Dennoch hatte er im October 1874 in der öffentlichen Gerichtssitzung zu Worbis, von seinem Amtsbruder Bierschenk als Entlastungszeugen vorgeführt, bezeichnet: „Ich habe an dem Tage, ehe der Richter ankam, die neueste Nummer des Kirchenblattes vom Landbriefträger erhalten, diese war mit 5 numerirt und deshalb nahmen wir, als der Richter uns nach Nr. 4 fragte, irrtümlich an, er meine die vorletzte Nummer vom Mai und gestanden ihm die Verlejung von deren Inhalt.“ Die Schwurgerichtsitzung, zu welcher der Herr Oberstaatsanwalt von Lauth aus Halberstadt als Vertreter der Staatsbehörde erschienen war, ist für die hiesige Gegend ein gewaltiges Ereignis. Bierschenk, heute selbst Zeuge, mußte auf seinen Eid öffentlich befehlen, er habe die Nr. 4 verlesen, habe aber früher auf den Rath seines Staatsanwaltes des Kreisgerichts in Worbis diese einfache Wahrheit als Angeklagter nicht gesagt.

München, 17. Juni. [Wahlmanfest.] Sämmliche hiesige ultramontane Blätter veröffentlichten heute das Wahlmanfest des klerikal-patriotischen Wahlcomites für den Kreis Oberbayern. Dasselbe ist unterzeichnet vom Grafen Arcu-Zinneberg, Grafen Preysing, vom Stadtpräfekten Westermayer, Rechtsauwall Freitag und Anderen. Es heißt in demselben: Man wolle dem Reiche geben, was des Reiches sei; man werde aber, gestützt auf die Reichsverfassung selbst nicht um Haarsbreite von den dem Volke und Lande verbliebenen Rechten abschaffen. Man werde den Verträgen Treue halten, gleichzeitig aber auch solche fordern.

Karlsruhe, 16. Juni. [Adresse.] Dem „Fr. J.“ schreibt ein hiesiger Polytechniker mit Bezug auf die beabsichtigte und in einer zahlreich besuchten Polytechniker-Versammlung beschlossene Adresse an die Grazer Commissarien wegen ihres Verhaltens in der Uffizie gegen Don Alfonso: „Dieselbe war nicht bloss von „einigen“ Polymechnikern beabsichtigt, sondern wurde in einer von mehr als 300 Polymechnikern besuchten Versammlung mit allen gegen etwa 2 Stimmen beschlossen und trug, obwohl sie kaum erst 12 Stunden aufgelegen hatte, bereits an 200 Unterschriften, also über ein Drittel der hier Studirenden. Was die freundlichen Vorstellungen des Directoriums anbelangt, wegen welcher diese Kundgebung unterblieb, so beruhen dieselben in der einfachen Wegnahme der Adresse, gegen welche man wegen der persönlichen Beliebtheit des derzeitigen Directors nicht protestieren wollte, und gegen die sich auch nicht gut protestieren ließ, besonders da ein in der „Karlsruher Zeitung“ veröffentlichtes officielles Schreiben mit dem Schlusszusatz endete: „man hoffe bei der durchaus ehrwerten Gesinnung der Studirenden, daß sie von der Absendung dieser Adresse ablassen würden, damit sie auch ferner ihre akademischen Freiheiten genießen könnten“. Das ist aber nichts Anderes als eine in Baumwolle eingewickelte Drohung. Dies zur Steuer der Wahrheit.“

Karlsruhe, 16. Juni. [Dementi.] Eine Correspondenz der gestrigen „Karlst. Ztg.“ aus Baden vom 13. d. erklärt sich in Bezug eines von verschiedenen Zeitungen unter dem 9. Juni aus Petersburg gebrachten Telegramms, wonach die dortige griechische Colonie „aus Anlaß der bedrohten Lage des griechischen Königspaares“ einen Gottesdienst veranstaltet habe, dem u. A. auch der Vater der Königin Olga, Großfürst Constantin, beigewohnt habe, in der Lage, diese Nachricht dahin berichtigten zu können, daß ein derartiger Gottesdienst allerdings stattgefunden hat, aber lediglich zur Feier des Namens-tages des königlichen Prinzen von Griechenland, Constantin. Auch die weitere Nachricht, daß Admiral Butakow, Commandant eines russischen Geschwaders, nach dem Piräus steuere, wird von derselben Correspondenz dahin berichtiggt, daß der genannte Admiral sich schon seit ungefähr 3 Jahren im Piräus befindet. Diese Berichtigungen stammen ohne Zweifel von dem russischen Reichskanzler, Fürsten Gortschakow her, der sich zwar augenblicklich nicht mehr in Baden-Baden befindet, sondern nach dem Wildbad übergesiedelt ist (wo sich auch Prinz Peter von Oldenburg mit Gemahlin aufhält), aber den russischen Geschäftsträger zu vorstehender Mitteilung ermächtigt haben mag, welche offenbar bestimmt ist, den bedenklichen Gerüchten über die Lage des Königs Georg von Griechenland entgegenzuarbeiten.

4. Straßburg, 16. Juni. [Prinz Carl von Preußen.] — Baron de Bussière. — Der Landesausschuss. — Nachdem Prinz Carl von Preußen gestern Abend 6 Uhr hier selbst eingetroffen und beim commandirenden General v. Fransecky, dessen Gesundheitszustand sich erfreulich verbessert zu haben scheint, abgestiegen war, fand einige Stunden später ihm zu Ehren ein großartiger Zapfenstreich statt, der viele Tausende von Menschen auf die Beine gebracht hatte. Heute früh 8½ Uhr begab sich der Prinz zu Wagen in Be-

gleitung des Generals v. Fransecky und seines Gefolges nach dem südlich von Straßburg in der Nähe des Rheins gelegenen großen Mandersfelde, dem Polygon, wo vor dem 6. August 1870 die siegesgewissen Schaaren Mac Mahons ihr von den loyalen Straßburgern und Straßburgerinnen viel besuchtes Lager hatten. Dort fand die Besichtigung des schleswig-holsteinischen Ulanenregiments Nr. 15, dessen Chef der Prinz ist und dessen Uniform er heute trug, statt, wonach er sich auf die Esplanade bei der Citadelle begab, um die Besichtigung der hiesigen Feld- und Festungs-Artillerie vorzunehmen. Die Abreise des Prinzen ist auf morgen festgesetzt, bis wohin er noch einige der neuen Forts, die Sehenswürdigkeiten der Stadt ic. in Augenchein nehmen und mehreren Festzügen bewohnen wird. Dem Prinzen zu Ehren haben die militärischen und sonstigen öffentlichen Gebäude geschmückt; besonders reich aber ist die Ulanenloge geschmückt, an deren Eingangsgitter u. A. eine Anzahl von französischen Kürassen, wahrscheinlich der Beute des Regiments aus einer seiner Attaque im letzten Kriege, prangt. — Gestern feierte der nahe bei Straßburg in der Ruprechtsau begüterte Baron Renouard de Bussière, eins der reichsten und hervorragendsten Mitglieder der bonapartistischen Aristokratie Frankreichs, seine goldene Hochzeit unter außerordentlicher Theilnahme der Bevölkerung, bei welcher er und seine Gemahlin durch ihre ausgedehnte Wohlthätigkeit sehr beliebt sind. Bei den innigen Beziehungen des Barons zu dem letzten Kaiserreich und seinen Hauptvertretern, hatte ein Gericht Glauen gefunden, die ehemalige Kaiserin Eugenie sei mit ihrem Sohne zu der Hochzeitsfeier eingetroffen, was sogar der „Nat. Ztg.“ telegraphisch als Thatsache gemeldet worden. Von beiden war aber unter den 2—300 Hochzeitsgästen, deren Mehrzahl Paris angehörte, keine Spur zu entdecken, wohl aber war die bekannte Freundin der Kaiserin Eugenie, die Fürstin Metternich, nebst ihrem Gemahlin anwesend. Einen Vertreter der deutschen Civil- oder Militär-Autorität suchte man unter den Hochzeitsgästen vergebens, bezeichnend genug für die Stellung, die der Baron, der übrigens Protestant ist, zu den neuen Verhältnissen des Landes, das er bewohnt, einnimmt. — Morgen tritt der Landesausschuss zusammen. Ein elsässischer Schriftsteller, Herr Karl Gräf, hat ihm im „Elzässer Journal“ anempfohlen, bei der Beratung des Budgets jede Position zu verweigern, die nicht unumgänglich notwendig ist. Eine traurige Verwaltungspolitik das, bei der jeder Aufschwung, jede Entwicklung des Landes verklummen müßte! Hoffentlich wird eine so kleinliche, krämerrhafte Auffassung der reichsländischen Verhältnisse und Bedürfnisse nicht einmal von dem Landesausschusse, geschweige denn von dem Reichstage und dem Reichskanzler getheilt werden.

Österreich.

Wien, 17. Juni. [Der Kaiser] hat den neu ernannten französischen Botschafter Grafen Vogud in feierlicher Audienz empfangen und dessen Beglaubigungsschreiben entgegengenommen.

Schweiz.

Zürich, 14. Juni. [Die Berner Regierung und der Bundesrath.] — Der große Rath von St. Gallen. — Hirtenbrief. — Gesetzes-Vorschlag. — Bundesversammlung. — Ständerath. — Das polnische National-Museum.] Der größte Canton der Schweiz liegt sich ein wenig mit dem Bundesrath in den Haaren, selbstverständlich zur nicht geringen Besiedigung der Ultramontanen. Der Bundesrath in seinem Eifer für die rückwirkende Kraft des Papiers der noch dazu etwas schief ausgelegten Bundesverfassung hat es nicht anders haben wollen. Gegen seinen Beschluß, daß binnen zwei Monaten die Ausweisung der jurassischen Geistlichen aufzuhören müsse, hat die Berner Regierung an die Bundesversammlung recurrirt. Fällt der Spruch gegen sie aus, so wird sie sich natürlich, gleich dem kleinsten Canton, dem Bundeswillen unterwerfen, aber auch die ganze Verantwortlichkeit für die Folgen einer unzeitigen Rückberufung den Bundesbehörden zuschieben. Der große Rath von Bern hat mit 177 gegen 24 ultramontane Stimmen den Recurs gebilligt. Eine vom Comitee des Berner Volksvereins gestern veranstaltete Volksversammlung, 12,000 Mann mit 80 Fahnen, darunter auch viele Nidherner, verlief ruhig und würdig. Nachdem eine Anzahl Redner sich vernehmen lassen, erklärte die Versammlung nach Antrag des Comitee's einstimmig: „Das freiminnige Volk des Cantons Bern steht mit aller Entschiedenheit und aus voller Überzeugung zu den Maßregeln, welche die Behörden des Cantons Bern im obschweden Kampfe gegen den Ultramontanismus und insbesondere in der Angelegenheit der aufzulösenden jurassischen Geistlichen getroffen haben. Es hält diese Maßregeln nicht nur tatsächlich berechtigt und notwendig, sondern auch innerhalb der Befugnisse getroffen, welche die Bundesverfassung von 1874 und die cantonale Verfassung von 1846 den Bernischen Behörden einräumt und überträgt“ ic. Die Recurs-Schrift der Berner Regierung an die Bundesversammlung ist ein höchst bemerkenswertes Actenstück. Sie macht geltend, daß dem Bundesrath aus der heutigen Lage im Jura vergebens die Notwendigkeit vorge stellt wurde, die Ausweisung noch fortzusetzen zu lassen, bis das neue Gesetz über Störung des religiösen Friedens in Kraft getreten sei. Während die liberale Minderheit auf Grund des Kirchengesetzes sich constituit habe, hätte die ultramontane Bevölkerung auf Geheiß ihrer geistlichen Führer jede Verheiligung an dem Werke verweigert und statt dessen dem von der Geistlichkeit ihr eingepflanzten Fanatismus durch zahlreiche Unordnungen und Ausschreitungen aller Art Lust gemacht. Die Denkschrift entrollt auf Papier ohne Ende ein Bild derselben, indem sie sich doch auf eine Auswahl der fastigsten Stücke beschränkt, und zwar unter besonderen Rubriken: Beschimpfungen und Beleidigungen der Liberalen und besonders der neuen Pfarrer; Miss-handlungen, Mord- und Branddrohungen, von denen auch Beamte und Polizisten ein Lied singen können; Eigentumsbeschädigungen, Fenstereinwerfen, Verheerung der Pfarrgärten; Verunreinigung der Kirchen und Pfarrhäuser, und zwar, anscheinend auf höhere Weihung, lediglich mit parlum de Suisse; Störungen des Gottesdienstes und Schändungen altkatholischer Begräbnisse. Im Hintergrunde aller dieser Heldentaten zur größeren Ehre Gottes stehen als Treiber und Heizer die ausgewiesenen Diener der Liebesreligion, welche vom französischen Boden aus das Volk bearbeiten, statt einsach die Erlaubnis zur Rückkehr unter Zusage des Gehorsams gegen die Gesetze zu benutzen. Und solchen Trost und Hochmuth will der Bundesrath warm halten! Die Berner Regierung hat ganz Recht, daß sie sich vor der Rückkehr

dieser Fanatiker erst durch das Strafgesetz über Säumung des religiösen Friedens decken will. Dieses Gesetz, dessen Inhalt wir früher mittheilten, ist soeben vom Großen Rath in erster Berathung mit überwältigender Mehrheit angenommen worden; die zweite Berathung findet nach Vorschrift der Verfassung in drei Monaten statt. Die durch ultramontane Grobheiten gewürzte Debatte leitete Kirchendirector Teuscher mit dem Nachweis der Notwendigkeit eines solchen Strafgesetzes ein, wie es auch in andern Ländern besteht. Kohler und Folletute nannten das Gesetz ein brutales Nachgesetz und erklärten als achte Lügenhuber, der Tora sei vollkommen ruhig und mit seinen Excessen blos verleumdet worden! Die Römisch-katholischen müssten sich vielmehr vor der Regierungspartei die haarräubendsten Dinge gefallen lassen! Sie seien genötigt, in Scheunen und Grotten ihren Gottesdienst abzuhalten. (Die anständigeren Locale zu erwähnen, vergaß man, ebenso die Selbstschuld der Jurassier, welche das Kirchengesetz verschmähen und weder Kirchgemeinden bilden, noch ihre Pfarrer wählen wollen.) Teuscher und andere liberale Redner machten den clericalen Herren den Standpunkt glänzend klar. — Im Großen Rath von St. Gallen ließ Pfarrer Ruggell, einer der römischsten Römlinge, alle Gift- und Gallebatterien gegen den freisinnigen Kirchenaristokrat der revidirten Verfassung spielen, bestritt dem Staat das Recht, sich in Kirchensachen zu mischen und drückte seine besondere littliche Entrüstung darüber aus, daß nun die Gemeinden selbst ihren Pfarrer wählen und entlassen dürfen. Allerdings ein crimen laesas hierarchiae! Im selbigen Großen Rath kam eine Beschwerde der Gemeinde Montlingen gegen die Absezung ihres fanatisch-widerhaargen Pfarrers Falt vor; die gefühllosen Seelen beseitigten diesen Pfaffenkram durch Tagesordnung. — Die beiden katholischen Gemeinden im Canton Schaffhausen erklärten der Regierung auf Anfrage, sie wollten sich an der Gründung einer christlich-katholischen Kirche in der Schweiz nicht betheiligen, und die römisch-katholische Gemeinde in Basel beschloß sogar einstimmig ein non possumus aus Gewissensgründen gegenüber dem freisinnigen Kirchenaristokrat der neuen Verfassung; man wird ihnen aber das können schon beibringen. Wem die Gesetze eines Staates nicht gefallen, dem steht die Auswanderung frei. — Der bishöfliche Hirtenbrief für Luzern und Zug über die Jubiläumsfeier besagt: „Die Beichtväter sind be Vollmächtigt, jeden, der in der Zeit vom 15. Mai bis zum 26. December 1875 (keinen Tag weniger, keinen Tag mehr) reumüthig beichtet, von allen kirchlichen Censuren, sowie von jeder aus Verleugnung der Censuren entstandenen Irregularität zu absolvieren.“ Zur Gewinnung des Jubelablasses muß man an 15 Tagen je 4 Kirchen besuchen oder noch besser 3 Prozessionen mitmachen, von denen jede 20 Kirchen aufwiegt! Das heißt man mit arithmetischer Schärfe angerechnet, um den Weg zum Himmel breit und eben zu machen; der schmale steile Pfad der Ewigkeit ist doch bei die Höhe zu anstrengend. — Im Großen Rath von Genf brachte Georges Fazy einen Gesetzesvortrag über Trennung von Kirche und Staat vor, dahingehend, daß jeder Cultus sich nach dem Vereinsrecht frei organisieren, die Gemeinden über die Kirchen wie über anderes Gemeindegut versorgen und sie der Majorität eines Cultus zuthellen können. Die Verweisung dieses Antrags an eine Commission wurde verworfen und nach langem Hin- und Herreden mit großer Mehrheit Verschiebung auf unbestimmt Zeit geschlossen. Der Antrag hätte wohl mehr Glück gehabt, wenn nicht sein radicaler Urheber mit den Ultramontanen unter einer Decke steckte. — Seit acht Tagen ist die Bundesversammlung wieder an der Arbeit. Der Nationalrath wählte den Vicepräsidenten Stämpfli von Bern zum Präsidenten und nach drei Wahlgängen Frey von Baselland gegen dessen ultramontanen Concurrenten Sagasser zum Vicepräsidenten. Er beschäftigte sich sodann die ganze Woche hindurch mit dem Banknotengesetz, dessen Einzelheiten ich Ihnen erlaße. Nur im Allgemeinen sei bemerkt, daß in das wilde Chaos von anderthalb Dutzenden Banknotentypen, welche cum gratia in infinitum ausgegeben werden, eine scharfe Bundeskontrolle eingeführt wird. Namentlich werden die Emissionsbanken verpflichtet, eine genügende Deckung zur Einlösung ihrer Noten bereit zu halten. — Der Ständerath wählte zum Präsidenten den bisherigen Vicepräsidenten Ningier von Aargau und zum Vicepräsidenten erst nach heftigem Ringen im achten Wahlgang Droz von Neuenburg mit 16 Stimmen; sein ultramontaner Gegner Schaller von Freiburg brachte es auf 14! Der Ständerath hat sich dann mehrere Tage in die gründliche Prüfung des bundesräthlichen Rechenschaftsberichts für 1874 eingelassen und in gewohnter Weise nicht unterlassen, dem Bundesrat verschiedene Wünsche, Vermahnungen und Forderungen anzudeihen zu lassen. Grundsätzlich Wichtiges ist aber nichts darunter, also durchaus keine Cabinettskrise zu befürchten. Es bleibt bei bloßen Erörterungen en famille. Vorgerufen hat der Ständerath einer alten Inhumanität ein Ende gemacht, nämlich der, daß todstarke Schweizer öfters von Schweizern in ihrem Heimatkanton abgeschoben wurden. Mit großer Mehrheit wurde der Gesetzentwurf über die Kosten der Verpflegung von erkrankten und der Beerdigung von verstorbenen armen Angehörigen anderer Kantone angenommen. Diese Humanitätspflicht soll unentgeltlich ausgeübt werden und nicht gegen Rückvergütung, wie eine Minderheit wollte. Weiter beschloß der Ständerath, einsweilen nicht auf den Erlass eines Bundesgesetzes über das Begräbniswesen zu dringen; der Bundesrat soll jedoch die Ausführung des Artikels der Bundesverfassung überwachen, welcher die Kirchhöfe säkularisiert. — Der Große Rath von Graubünden hat seinen vorsährigen Besluß über Freigabe der ärztlichen Praxis zurückgenommen. Der Sanitätsrat hatte sich entschieden dagegen ausgesprochen. In der Debatte wies Nationalrat Salis auf das Beispiel des deutschen Reiches hin. — Die große Kirchgemeinde Neuumünster bei Zürich hat wohl allen übrigen Gemeinden der Welt ein Beispiel gegeben, indem sie beschloß, daß sämtliche Beerdigungskosten von der Gemeinde übernommen werden sollen. So ist denn doch wirklich einmal der Tod halb unentgeltlich. — Das polnische Nationalmuseum zu Krakau hat seinen fünften Jahresbericht veröffentlicht; in Folge von Schenkungen aus verschiedenen Ländern besitzt es einen erstaunlichen Reichtum an Urkunden, Denkmälern und Wahrzeichen aller Art und man kann sagen, daß dort die Idee Polen ihr Leben weiter frisst.

Spanien.

Madrid, 14. Juni. [Päpstlicher Segen. — Ein Decret von Don Carlos. — Der Nunzius Simeoni. — Die Erz-Königin Isabella.] Spanien, soweit es alfonsoistisch, ist durch einen neuen Beweis päpstlicher Gnade erfreut worden, welchen die amtliche Zeitung nicht verfehlt zu registrieren. Der Botschafter in Rom telegraphiert, daß der Papst bei einem feierlichen Empfange des diplomatischen Corps dem Könige, dessen Schwester und der ganzen spanischen Nation durch ihn seinen Segen nebst Friedenswünschen sende. Selbstverständlich wird diese Mitteilung benutzt, um zu bekräftigen, daß der Carlismus vom heiligen Vater verdammt sei. Don Carlos indessen weiß sich solche Zwischenfälle schon zurechtzulegen; keineswegs wird er sich durch sie abhalten lassen, seine Königsrolle weiter zu spielen. Noch fürsichtiger hat er den Landtag von Biscaya durch folgendes stolze Decret zusammenberufen:

„Ich, der König, versüge zum Beweise der vollkommenen Einheit, welche zwischen der von mir vertretenen legitimen Monarchie und den Rechten,

Bräuchen und Gebräuchen meiner sehr edlen und getreuen Herrschaft Biscaya bestehet, daß die Generaljunta auf den 27. d. den Geburtstag meines vielgeliebten und erhabenen Sohnes, des Prinzen von Asturien, nach Guernica einberufen sind. Gegeben in meinem Hauptquartier zu Durango, am 5. Juni 1875. Ich, der König.“

Der genannte „erhabene Sohn“ und „Prinz von Asturien“ wird am 27. d. fünf Jahre alt. Er kann nicht klagen, daß man zu spät ansange, ihm Ehre zu bezeigen. — Über die für Spanien unheilsvolle Thätigkeit des päpstlichen Nunzius Simeoni wird der „Magdeburg-Ztg.“ Ausschärflicheres aus Madrid geschrieben: „Simeoni verlangt vom Ministerium immer unsinnigere Maßregeln. Nachdem auf sein Anfluten der katholischen Geistlichkeit die Schule überantwortet und die von den früheren Regierungen eingesogenen Kirchengüter wieder ausgeliefert worden, nachdem die Civilehe aufgehoben und die katholische Religion als die einzige in der Armee gestattete Religion anerkannt worden, verlangt der Nunzius sogar noch von dem zu Dreiviertel bankerott Staat, er solle den Priestern die seit Jahren rückständigen Gehälter auszahlen, aber nicht etwa in wertlosen Schuldscheinen, sondern in harter Klingender Münze. Vielleicht fühlt sich Sr. Canovas veranlaßt, auch diesem Verlangen zu willfahren und die kargen Einkünfte des Staates in den weiten Magen der Kirche zu schleudern. In dem Vorgehen des päpstlichen Gesandten liegt Methode; Schritt für Schritt hat er die Regierung Don Alfonso's in einen immer größeren Zwiespalt mit der liberalen Bevölkerung des Landes hineingetrieben. Schritt für Schritt sucht er sie jetzt in ihren materiellen Hilfsmitteln zu schwächen. Der Plan der Curie ist, die Regierung Don Alfonso's verhaft und bankerott zu machen und so den Pfad für Don Carlos, den geliebten und treuen Sohn der Kirche, zu ebnen. Eine Hauptrolle ist hierbei allerdings auch Frankreich zugedacht, welches, immer mehr in ultramontane Bahnen gelenkt, je nach den Rücksichten, die es auf die übrigen Mächte zu nehmen hat, die Carlisten entweder offen mit Hilfsstruppen oder heimlich mit Waffen, Geld und Freiwilligen zu unterstützen bestimmt ist, wenn der entscheidende Moment naht und die Jesuiten den Zeitpunkt für gekommen erachten, an dem der Präsident seine Berge verlassen und den Marsch nach Madrid antreten soll. — Der Pariser Correspondent des „Daily Telegraph“ ist von der Erz-Königin von Spanien ermächtigt, daß jüngst in der „Times“ erwähnte Gericht, daß der König Alfonso seiner Mutter geschrieben habe, daß er zurückzukommen wünsche, auf das Bestimmteste zu dementiren. Die Angabe entbehre jeder Begründung. König Alfonso habe keinerlei Wunsch ausgedrückt, die Regierung, die er vor sechs Monaten übernommen, niederzulegen oder abzudanken. Noch sei etwas Wahres an dem Gericht, daß die Königin nach Spanien zurückzukehren beabsichtige. Ihre Majestät sei so sehr von jeder Idee, Paris zu verlassen, entfernt, daß sie im Begriff sei, das Hotel Balseskot, das sie nun bewohnt, durch Anbau zu vergrößern. Was das Projekt einer Abtretung der baskischen Provinzen an Don Carlos, um von ihm als König beherrscht zu werden, anbelange, so würden die Spanier ebensowenig zugeben, daß ihr Land zerstört werde, als die Engländer, daß aus Wales ein von der englischen Krone unabkömmliges separates Fürstenthum hergestellt würde.

Großbritannien.

A. A. C. London, 25. Juni. [Parlaments-Verhandlungen vom 14. Juni.] Im Oberhause leuchtet Lord Lyttelton die Aufmerksamkeit auf die Armenpflege und vertrittsamt damit einen Antrag, welcher es zum Behufe des sozialen Aufhörens der Unterstützung außerhalb der Armenhäuser für zweitmäßig erklär, in der Armenpflege mehr auf die in dem Bericht der Untersuchungs-Commissione von 1833 niedergelegten Prinzipien zurückzugehen. Er bemerkte, daß obwohl es eine alte Doctrin sei, daß Niemand in England Hungers sterben solle, das Armen-Unterstützungs-Gesetz doch so geformt werden sollte, um den Pauperismus zu entmündigen. Er bestriß, daß seit der Annahme des Armenpflegegesetzes von 1834 irgendein befriedigender Fortschritt zur Verminderung des Pauperismus gemacht worden sei, insbesondere nicht in den südlichen Grafschaften Englands, und er verlas Documente zum Nachweise, daß sich auf Seiten der arbeitenden Bevölkerung eine wachsende Neigung zeige, Armenunterstützungen in Anspruch zu nehmen. Der Pauperismus sollte unabdinglich und abschreckend gemacht werden, und dies könne nur geschehen, wenn man Verpflegung im Armenhause selber als die Regel, und Unterstützung außerhalb derselben als die Ausnahme einführe. Jetzt, wo das Land sich im Wohlstande befindet, sei es an der Zeit für eine Anstrengung, um den Arbeiterklassen das Sicherstellen auf Unterstüzung aus den öffentlichen Armenhäusern abzugewöhnen. Der Herzog von Richmond, den Lord Lyttelton zur Sprache gebrachten Gegenstand als einen der wichtigsten, der die Aufmerksamkeit des Parlaments beschäftigen könnte, bezeichnet, bestätigte, daß die Regierung seit 1834 das System der Unterstützung außerhalb der Armenhäuser so viel als möglich bekränzt habe. Er bezweifelte aber, ob es gänzlich befreit werden könnte. Den Antrag belämpfte er, weil derselbe das Armenpflege-Amt in unverdienter Weise tadelte. Nachdem sich noch die Lords Kimberley und Hampton zu Gunsten einer kräftigeren Armenpflege ausgesprochen und Lord Fortescue eine Armenunterstützung mittels Darlehen befürwortet hatte, zog Lord Lyttelton seinen Antrag zurück. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden einige Vorlagen, darunter die Municipal-Elections-Bill, die den Zweck hat, einige Uebel in der Method der Anwendung der geheimen Abstimmung auf Municipalwahlen abzustellen, um ein Stadium gefordert.

In Unterhaus theilte zuvor der Mr. Bourke, der Unterstaats-Secretair für auswärtige Angelegenheiten, in Erwiderung auf eine Interpellation Waitts mit, daß in Brüssel fürsichtlich eine Konferenz der Mächte, die Teilnehmer der Zucker-Convention von 1864 waren, nämlich Großbritannien, Frankreich, Belgien und Holland, betrifft der Zuckersteuerfrage stattgefunden habe. Die Delegirten unterzeichneten einen Vertragsentwurf, der den resp. Regierungen zur Begutachtung unterbreitet wurde. Vorbehaltlich deren Entscheidung würde es in dem Ermeister Ihrer Majestät Regierung verfügt sein mitzuverhandeln, ob der Vertrag sich als befriedigend erweisen werde oder nicht. Auf Befragen Gourley's erklärte Mr. Disraeli, daß die Regierung nicht befürchte, die Vorlage zur Ämendierung der Kaufahrtei-Akte zurückzuziehen, obwohl sie vor der Hand keine Sitzung für deren Weiterberatung anberaumt könne. Mr. Ashurst, der die Schließung des Aquariums in Brighton an Sonntagen zur Sprache brachte und die Regierung interpellirte, ob sie während der jüngsten Session den Act, der die Schließung solcher Sonntagsvergnügungen verbürgt, aufheben oder modifizieren wolle, erhielt vom Minister des Innern den Bescheid, daß es unmöglich sei, in dieser Session neue Gesetze in Bezug auf Sonntagsvergnügungen einzubringen, daß er aber Schritte zur Verhinderung einer Vergerniss gebenden Ausübung des alten Gesetzes thun würde. Sodann wurde die Debatte über die Regierungs-Vorlage, welche die Gerichtsbarkeits-Akte dahin amendirt, daß die Appell-Jurisdicition des Hauses der Lords für ein weiteres Jahr beibehalten wird, wieder aufgenommen. Sehr heftige Gegner fand die Maßregel nächst dem conservativen Rechtsgelehrten Forsyth in Mr. Lowe und dem Ex-Attorney-General Sir H. James. Mr. Lowe tadelte die Regierung in sehr farcifischer Weise, daß sie in Betreff der Vorlage dem äußeren Druck einer „einflussreichen Körperschaft“ im Hause der Lords nachgegeben habe, worauf der Kriegsminister unter dem schallenden Gelächter der Conservativen entgegnete, daß der Ex-Schah-Kanzler in der Sparfassensbill, der samojen Zündöchsensteuer und anderen todgeborenen Maßregeln auch einem äußeren Druck habe nachgeben müssen. Vom Solicitor-General, Lord Elcho und anderen Parteigängern der Regierung kräftig vertheidigt, passirte die Vorlage alsdann die zweite Lesung. Den nächsten Gegenstand der Erörterung bildete die ministerielle Bill, welche zur Verhinderung brutaler Vergehen gegen die Person die Prügelstrafe wieder einführt. Den Antrag des Ministers des Innern auf zweite Lesung der Vorlage bekämpfte Mr. P. A. Taylor, der radikale Deputierte für Leicester, in einer sehr langen und energischen Rede, in welcher er die Maßregel als eine Rückkehr zu dem veralteten Systeme der Bestrafung von Verbrechern durch die Tortur bezeichnete und behauptete, daß sie nicht allein Solche, die unter derelben zu leiden hätten, brutalisierte, sondern auch die Nation demoralisierte. Die Prügelstrafe hätte schändliches Fiasco gemacht und sei von allen anderen civilisierten Nationen aufgegeben worden. Sogar Russland hätte die Knute zu Boden geworfen, und die britische Regierung würde nun, sie aufzuheben. In ähnlichem Sinne eiferten auch die Deputirten Shaw-Lefevre, Sir W. Harcourt, Henley und Howard gegen die

Bill, während Mr. Waddy, ein alter Criminaljurist, und Oberst F. Leigh während der Wiedereinführung der Prügelstrafe, letzterer insbesondere als eine Schande für mißhandelte Weiber, warm befürworteten. Wegen der vorgeschrittenen Stunde mußte die Debatte indeß vertagt werden, und nach Erledigung einer anderer legislatorischer Geschäfte endete die Sitzung kurz nach 1 Uhr Morgens.

[Der Sultan von Zanzibar] stattete gestern in Begleitung mehrerer Mitglieder seines Gefolges dem Prinzen von Wales in Marlborough-House einen Besuch ab. Er wurde von dem Prinzen und der Prinzessin in Gegenwart des Prinzen und der Prinzessin Ludwig von Hessen empfangen und unterhielt sich mit Ihren Königl. Hoheiten geraume Zeit mit Hilfe seines Dolmetschers Dr. Badger. Der Sultan lud den Prinzen von Wales ein, auf seiner Rückkehr von Indien einen Abstecher nach Zanzibar zu machen. Gegen Ende des Besuchs erschienen auch die Kinder Ihrer Königl. Hoheiten, um die Bekanntschaft des orientalischen Gastes zu machen. Bald nach seinem Besuch nach Zanzibar statteten ihm der Prinz von Wales in Begleitung des Prinzen von Hessen einen Gegenbesuch ab. Heute stattete der Erzbischof von Canterbury als Primas von ganz England und Metropolitan in seinem vollen Amtskleid und begleitet von seinen Hausgeistlichen dem Sultan einen Besuch ab.

[Die Kohlegruben-Arbeiter von Northumberland] hielt gestern ihre Jahressammlung in Morpeth, die durch den Umstand, daß Dr. Kenealy zu derselben eine Einladung erhalten, und Mr. Bradbury sowie das Parlamentsmitglied Macdonald infolge dessen sich geweigert hatten, dem Meeting anzuwohnen, heuer ein mehr als gewöhnliches Interesse erlöste. Da Dr. Kenealy indeß die an ihn ergangene Einladung abgelehnt hatte, waren die beiden lehrwähnten Herren zugegen. Eine Anzahl Gewerken trennte sich von dem größeren Meeting und hielt ein eigenes Treffen, in welchem beschlossen wurde, Dr. Kenealy aufs Neue einzuladen. Vor dem größeren Meeting hielt die Parlamentsmitglieder Burt und Macdonald Ansprachen und es wurden Beschlüsse zu Gunsten des Prinzen des Wahlrechts für Erwachsene sowie der Gleichstellung des ländlichen Wahlrechts mit dem städtischen gefasst.

Dänemark.

Kopenhagen, 14. Juni. [Die neuen Minister.] Nachdem nun das neue Ministerium endgültig, sowie kürzlich von „Fädrelæst“ angegeben, zusammengesetzt ist, heißt man den „Hamb. Nachr.“ Näheres über die einzelnen Minister mit. Ueber Estrup, den Vorstand des Ministeriums und Finanzminister, ist bereits Mehreres mitgetheilt. Er erhält man noch, daß er Besitzer des Gutes Staffsgaard, zwischen Ebstof und Randers in Jütland ist, bekannt durch einen merkwürdigen, aus einem Eichenstamm ausgeschnittenen Schrank, welcher gegen Ende des 16. Jahrhunderts angefertigt worden ist, und eben so viele Thüren als Monate, ebenso viele Schubladen als Wochen, und ebenso viele Räume als Tage im Jahre enthält. Außer diesem Gute kann Estrup auch noch mit der Zeit Eigentümer eines großen seeländischen Gutes werden. Er hat in einer Reihe von Jahren Sitz im Landsting gehabt. Der vornehmste seiner Collegen ist der Lehnsgraf F. Moltke-Bregentved, Besitzer der großen, 7 Güter umfassenden seeländischen Grafschaft Bregentved, nach Frijsenborg der größten dänischen Grafschaft. Er ist ältester Sohn des dänischen Ministers des Neuen von 1848. Moltke-Bregentved ist Canditatus juris und hat in einer langen Reihe von Jahren als Mitglied theils des Reichsraths, theils des Landstings am politischen Leben Theil genommen; er hat jedoch in diesen Versammlungen nur selten das Wort ergriffen. Er war wie Estrup liberal-conservativ. Er war Chef der zur Zeit des jüngsten Königs Oskar in Drontheim anwesenden außerordentlichen Gesellschaft und während der im vorigen Jahre stattgefundenen Ministerkonferenz wurde ihm vom König angeboten, ein neues Ministerium zu bilden, welches er indeß ausschlug. Der neue Minister des Innern, Kammerherr G. de Skeel gehört zu einem alten adeligen Geschlecht im nördlichsten Jütland und ist Besitzer des wegen seiner schönen Lage bekannten Gutes Dronninglund zwischen Nørresundby und Søby. Kammerherr Skeel ist Candidatus juris und als tüchtiger, biederer, aber zugleich streng conservative Mann angesehen, weshalb er auch als Landstingsmitglied der eignlichen Rechten angehörte. Der vierte Gutsbesitzer des neuen Ministeriums, Kammerherr General Haffner ist Besitzer des Stammschlosses Egholm, in der Horns Horde reihend belegen und in der Nähe vom Fjord. Er genießt seit vielen Jahren großes Ansehen in seiner Gegend und hat sich mit großem Eifer aller kommunalen Angelegenheiten angenommen. Als Landstingsmann trat er stets in liberal-conservativer Richtung auf. Er übernimmt jetzt das Marineministerium. Der neue Justizminister, Professor juris Nelleman, ist ein ungewöhnlich tüchtiger Mann und gehörte seit vielen Jahren zu den angesehensten Lehrern der Universität. Als Landstingsmann hatte er eine hervorragende Rolle gespielt und wurde in den wichtigsten Sachen des Things stets als Vorsteher betrachtet. Sein Eintritt ins Ministerium Estrup bürgt dafür, daß dasselbe die geistigen Interessen schützen wird. Der neue Cultusminister, Staatsrevisor Fischer, ist ein alter Politiker. Er war ursprünglich Adjunkt im Slagelse, wurde bei der Aushebung der dortigen Gelehrten-Schule verabschiedet und hat sich seitdem mit wissenschaftlichen Studien und politischen Arbeiten abgegeben. Im Landsting hat er besonders an allen finanziellen Debatten Theil genommen.

Schweden.

Christiania, 12. Juni. [Die diesjährige Session des Stortings] wurde heute durch den Staatsminister im Namen des Königs ohne Thronrede geschlossen. „Morgenbladet“ drückt dem scheidenden Stortings seine volle Anerkennung aus, indem es schreibt: „Das 24. ordentliche Stortings, welches heute nach 4½-monatlichem Zusammensein seine Tätigkeit geschlossen hat, kann im Ganzen auf die fruchtbare Arbeit im Dienste des Vaterlandes mit einer Predigt zur zukünftigen Arbeit der Mächte, welche ganz gewiß von der großen Majorität der Nation getheilt wird. Es hat durch eine Reihe von Beschlüssen, welche ziemlich verschiedenartige Gebiete berühren, einen offenen, von ehrgeizigen Vorurtheilen freien Blick auf die Verbündnis- und eine Auffassung der Bedingungen der materiellen und geistigen Entwicklung des Landes an den Tag gelegt, welche diesem Thing steils einen hervorragenden Platz in der Geschichte unseres öffentlichen Lebens sichern werden. Es gilt von diesem Thing in vielleicht noch höherem Grade, als vom vorjährigen Stortings, daß dasselbe in allen Richtungen in einem entschieden günstigen Gegenjahr zu den ersten drei jährlichen Stortings steht, und dessen Beschlüsse zeugen auf eine erfreuliche Weise von dem wohlthuenden Umschlag in den Stimmungen und Zuständen, welcher seit jener Zeit stattgefunden hat.“

Die wichtigsten Beschlüsse des diesjährigen Stortings betreffen den Anschluß an die standinavische Münzconvention und den Übergang zum metrischen System für Maß und Gewicht; den Hafenbau bei Bardø; die Bewilligung von 80,000 Kronen für eine wissenschaftliche Expedition nach dem nördlichen Theil des Atlantischen Oceans; die Aufbesserung des Gehaltes der Volksschullehrer; die Reorganisation des Wehrwesens und den Bau verschiedener Eisenbahnen.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 16. Juni. [Zum Kapitel von den Nachtwächtern.] Unter der Anklage des thätilichen Angriffs gegen einen in Ausübung seines Berufs befindlichen Beamten erscheint der Bureau-Assistent K. vor der Criminaldeputation des Stadtgerichts. K. hatte sich Anfangs v. J. mit einer Beschwerde über den Nachtwächter N. an das Königliche Polizeipräsidium gewandt, in welcher er angab, dieser Beamte habe ihn, als er am 2. Weihnachtsfeiertag des Abends in seine in der Siebenbusenerstraße belegte Wohnung zufällig gefehlt sei, ohne Grund wörtl. beleidigt und seinen Hausrat dadurch gebrochen, daß er widerrechtlich und trotz des Verbotes des Nachtwächters in dessen Wohnung gekommen sei und dort lautem Lärm gemacht habe. K. in den Hausrat gekommen sei und dort lautem Lärm gemacht habe. K. beantragte deshalb die Bestrafung des Nachtwächters im Disciplinarwege,

weil sein Antrag von der Königlichen Staatsanwaltschaft wegen des vorausföhlich zu erhebenden Kompetenzconflictes bereits abgelehnt war. Der hierauf zur Verantwortung gezogene Nachtwächter A. behauptete bei seiner Vernehmung, A. habe das Haus, nachdem er eingetreten war, nicht verschlossen, und er habe, seiner Instruction gemäß, und weil er von dem Hausherrn noch besonders zur Aufsicht hierüber bestellt war, dafür zu sorgen gehabt, daß die Haustür verschlossen würde. Deshalb sei er hingegangen um die Thüre zu verschließen, habe aber auch dem A. Vorhaltungen deshalb gemacht, weil dieser nicht wieder zugeschlossen habe. A. habe ihn aber sofort vor die Brust und aus der Haustür hinausgestoßen. In Folge dieser Aussage stellte das Polizeipräsidium den Antrag auf Bestrafung des A. Dieser bleibt bei seinen Auslassungen stehen, während der Nachtwächter seine Angaben endlich wiederholte. Der Angeklagte führt an, der Nachtwächter habe ihm gesagt, anständige Leute schließen die Haustür wieder zu, er dagegen nicht. Diese Beleidigung habe er nur mit Worten gerichtet; er bestreite aber den Wächter gestoßen zu haben. Dieser bringt noch einen Zeugen, welcher befindet, zu jener Zeit einem Vorfall beigewohnt zu haben, wo der Nachtwächter von einem Manne in der Sonnenstraße aufgefordert wurde, die Haustür zu öffnen, von demselben aber in der Haustür vor die Brust gestoßen worden sei. Daß dieser Mann der Angeklagte gewesen sei, kann er nicht beurkunden. Indes sei derselbe allein nach Hause gegangen. Dagegen behauptet der Angeklagte er sei mit seiner Chefrau zusammen nach Hause gekommen, und diese sei mit ihm ins Haus getreten. Als sie bereits auf der Treppe gewesen seien, habe er den Nachtwächter schimpfen hören und sei zurückgegangen, um ihm dies zu unterjagen und ihn aus dem Hause zu weisen. Diese Angaben bestätigt die Chefrau des Angeklagten. Den gemeinsamen Antrag der Vertheidigung und Staatsanwaltschaft, die Frau A. zu vereidigen, lehnte der Gerichtshof wegen des Interesses der selben am Ausgang der Sache ab. — Der Nachtwächter hatte selbst angegeben, daß ihn seine Dienstinstruction verpflichtete darauf zu halten, daß die Haustüren seines Rebiers nach 10 Uhr verschlossen seien, daß er, wenn er keinen Schlüssel habe, eventuell den Wirth oder Vicewirth wenden müsse. In diesem Falle hätte er den Hausschlüssel.

Der Herr Staats-Anwalt Dr. Scheffer führte aus, daß er keinen Anstand genommen hätte, selbst die Freisprechung zu beantragen, wenn der Gerichtshof die Vereidigung der Frau A. beschlossen hätte. So aber erscheine der Angeklagte durch das eidliche Beugniß des Nachtwächters, welches durch den andern Zeugen unterstützt werde, überführt. Deshalb beantragt er 30 Mark Geldbuße, eben 5 Tage Gefängnis. — Der Vertheidiger, Herr Justizrat von Dazur führte aus, daß der thatsächliche Inhalt der Anklage nicht als erwiesen anzusehen sei. Der Nachtwächter sei mit seiner Beschuldigung erst hervorgetreten, nachdem er selbst der Amtsüberschreitung bezichtigt, und zur Verantwortung aufgefordert worden sei. Der zweite Zeuge habe sich sehr unbestimmt ausgelassen und in Widersprüche verwickelt; es erhebe nicht, ob derselbe den unter Anklage stehenden Vorfall meine. Diesen Zeugen habe der Nachtwächter auch sehr spät in Vorschlag gebracht, so daß der Verdacht eines gemachten Beweises aufkomme. Endlich sei nicht dargethan, daß der Nachtwächter in der Ausübung seines Amtes gehandelt habe, da sein Amt gewesen wäre, die offen gebliebene Haustüre zu schließen, nicht aber einzutreten und dem Hausbewohner unter beleidigenden Neuerungen Vorhaltungen zu machen.

Diese Ausführung trat der Gerichtshof bei und sprach den Angeklagten frei.

* [Zur staatlichen Absezung des Fürstbischofs] schreibt die „Schles. Volks-Ztg.“ heut, daß der Hauptrat des Fürstbischofs, Herr von Braunschweig, in seiner Eigenschaft als erster Secretair des fürstbischöflichen Generalvikariats-Amtes im hiesigen Appellationsgericht wegen der in den Verordnungen des Generalvikariats-Amtes im lateinischen Urtext zum Abdruck gebrachten päpstlichen Encyclica vernommen wurde. — Eben so wurde der Rector des Clericalseminars, Herr Consistorialrath Lic. Storch an genannter Stelle vernommen, ob vier Actenstücke kirchenpolitischer Natur, die im Jahre 1873 im „Schlesischen Kirchenblatt“, das damals noch unter seiner Redaktion stand, erschienen waren, „authentisch“, d. h. nach der ihm gegebenen Interpretation, der Redaction vom Herrn Fürstbischof offiziell zur Veröffentlichung übergeben worden seien.

In einem früheren Termine wurde derselbe Herr bekanntlich darüber vernommen, ob die Verweigerung an die staatlichen Commissionen, eine Inspektion der Clericalseminars vorzunehmen, aus seiner Initiative geschehen oder in höherem Auftrage geschehen sei.

Wir sehen, daß die Anklageschrift des Fürstbischofs außer der seitens peccatis Nichtanerkennung und Nichtbefolgung der kirchenpolitischen Gesetze, namentlich bezüglich der geforderten Anzeige und der befohlenen Besetzung, besonders die Publication der Encyclica urgire und incriminiren wird.

Aber nicht blos die Publication wird man als schwerwiegend in die Waagschale der Themis werfen, auch die Hinweisung auf die in der Encyclica ausgesprochenen kirchlichen Censuren gegenüber dem Herrn Ritter zu Kähne wird man gegen den Herrn Fürstbischof geltend machen. Es ist daher nicht zu bezweifeln, daß das Hauptverfahren gegen den Herrn Fürstbischof eingeleitet wird.

* [Ursulinerinnen.] Die von uns nach der „Bresl. Morgen-Ztg.“ gebrachte Notiz, die hiesigen Ursulinerinnen gedachten ihre Schule demnächst zu schließen und hätten den Eltern der Kinder bereits Nachricht über die Sistirung des Unterrichts gegeben, ist — nach der „Schles. Volks-Ztg.“ — verfehlt.

* Bunzlau, 17. Juni. [Verschiedenes.] Herr Gymnasial-Lehrer Dr. Lille wird seine Stellung am städtischen Gymnasium verlassen, da derselbe einem Ruf an das neu gegründete Humboldt-Gymnasium in Berlin folgt. Dem hiesigen Gymnasial-Lehrer Herrn Dr. Rhede ist das Prädicat „Oberlehrer“ verliehen worden. — Am 9. Juni fand auf dem Gröditzberge eine Versammlung von Volkschullehern aus den Kreisen Bunzlau und Goldberg-Hainau statt. Zu derselben war die Gründung eines Bezirks-Lehrervereins, welcher die Kreis-Lehrer-Vereine von Bunzlau, Goldberg, Hainau und Gröditz zur gemeinschaftlichen Verathnung von wichtigen Fragen auf dem Gebiete der Schule verbündet. — Am vergangenen Sonntag veranstaltete der hiesige Kriegerverein ein Sommerfest in dem etwa einen Stunde entfernten Urtig. Der Weg dahin wurde zu einem Feldmarsch benutzt. Ein Theil der Mitglieder war beritten, und den Schluss des städtischen Zuges machten Marktender-Wagen. In Urtig fand Concert und Tanz statt. Das Publikum nahm regen Anteil an dem Feste. — Künftigen Sonntag findet hier ein Sängerfest des Niederschlesischen Sängerbundes statt, zu welchem bis jetzt recht zahlreiche Anmeldungen eingegangen sind. — Am 16. d. M. unternahm die Böglung des hiesigen Lehrer-Seminars eine Thurnfahrt nach dem Riesengebirge. Die Rückfahrt erfolgt Sonnabend.

H. Hainau, 16. Juni. [Landwirtschaftlicher und Lehrer-Verein.] In letzter Sitzung des hier abgehaltenen landwirtschaftlichen Vereins gelangten zur Kenntnis der Mitglieder zwei Schreiben des landw. Central-Vereins, die in Aussicht gestellte Fonds zur Prämierung guter Mutterstuten und die Verwendung der Staatssubventionen für Hebung der Rinderzucht hauptsächlich auf dem Wege eines geordneten Prämienwesens. Bebüs dessen wurde den Viehherrn auf die gemeinschaftliche Auschaffung von Bullen edlerer Rassen und wenn man für Milchverkauf zögern wolle, Schweizer- und Holländer, — für den Butterverkauf höhen-Bieh und Württembergische empfohlen. — Bei Discussion über die Frage, welches die beste Methode sei, bei Winterfütterung das Futter zu dämpfen oder zu kochen, wurde die Ansicht ausgesprochen, daß Kühen vortheilhafter in gekochtem Kartoffeln dagegen in gedämpftem Zustande zu vermenden seien. Von anderer Seite wurde Abbrühen von Rauchfutter durch Wasser und Rohfütterung des übrigen Futters empfohlen, weil durch letztere die Verbauung weniger leide. Bezuglich des Rapsstochens wurde vorgezogen denselben in trockenem und nicht im aufgelöstem Zustand zu verfüttern, zu welchem Zwecke das gestampfte Rapsmehl schon Abends auf das Siedefutter zu bringen, das übrige Futter dann darauf zu streuen und unterzumengen sei. — Es wurde empfohlen, das Streichen der Pferde im Winter und bei rauhem Wetter des Abends vorzunehmen und früh nur die Kartätsche anzuwenden. — Des Petroleum folle man sich niemals zur Beleidigung des Ungeziefers beim Vieh bedienen. — Ein neu contruirter, beschichtiger Heucrem und Heuwender wurde als recht praktisch und vortheilhaft befunden. — Der Vorschlag, zeitweise zweckentsprechende Excursionen zu unternehmen, fand allgemeine Zustimmung. — Auf dem Gröditzberge fand in diesen Tagen eine Lehrerversammlung statt, wozu gegen 50 Lehrer aus den Kreisen Bunzlau und Goldberg-Hainau erschienen waren. Um besonders wichtige Fragen aus dem Gebiete der Schule und der Lehrerwelt besprechen zu können, werden die Lehrervereine beider Kreise in Verbindung treten; zu welchem Zwecke ein Statuten-Entwurf beraten und angenommen wurde. Zum Vorsitzenden dieses „Bezirks-Lehrer-Vereins“ wurde Cantor Großer

in Altenau am Gröditzberge gewählt, der die Verhandlungen der confluirenden Versammlung geleitet hatte.

V. Warmbrunn, 16. Juni. [Nochmals die Warmbrunner Petitionsangelegenheit.] Wir erfahren aus einer nochmaligen Zuschrift aus Abgeordnetentreffen an die Redaction des „Voten a. d. Riesengebirge“ noch Folgendes über den Abschluß der Verhandlungen bezüglich der bereigten Petitionsangelegenheiten aus dem Hirschberger Kreise: — W. Berlin, 13. Juni. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12. d. Mts. ist der in dieser Zeitung Nr. 122 (vgl. Bresl. Ztg., 1. Beilage vom 6. Juni c.) mitgetheilte Bericht über die Petitionen der Gemeinden Alt-Kennig und Hindorf zur Verhandlung gekommen. Der Besluß des Hauses, welcher auch auf die Petitionen ähnlichen Inhalts aus Agnetendorf und Giersdorf ausgedehnt wurde, geht dahin, die Petitionen der königl. Staatsregierung als Material für die künftige Landgemeindeordnung zu überweisen. — Bei der Verhandlung blieben die Petitionen aus Warmbrunn, Berthelsdorf und Boberröhrsdorf, sowie auch die im „Voten“ vom 9. Juni d. enthaltene Entgegnung des Gutsräther Längner aus Alt-Kennig nicht unerwähnt. Es wurde verborghoben, daß es sich nicht sowohl um Erledigung einer einzelnen Bezeichnung, als vielmehr um Regelung der Verhältnisse im Allgemeinen im gesetzlichen Wege handle. — Die Redaction des „Voten“ knüpft im Interesse der beteiligten Gemeinden an die Mithaltung folgenden wohlgemeinten Wunsches: „Nach dem Zustandekommen der Provinzialordnung ist die Hoffnung auf eine schnellere Errichtung der Angelegenheiten der Landgemeinden berechtigt. Wir glauben, daß die Staatsregierung sich beeilen wird, die Regelung dieser brennenden Frage in die Hand zu nehmen und so die dringenden Forderungen eines großen Brudtheils der Bevölkerung zu erfüllen.“ Wir kommen noch diesem vorläufigen Abschluß auch der hiesigen Petitionsangelegenheit nochmals auf die Erwähnung des Umstands zurück, daß die Warmbrunner Petition eigentlich den Anstoß zu denen der übrigen Gemeinden aus dem Hirschberger Kreise gegeben hat und daß, wenn nicht wegen formeller Bedenken rückförmlich des grade in der Warmbrunner Petition enthaltenen und dort aus nicht unberechtigten Gründen gestellten Antrags in den erwähnten Petitionsverhandlungen des Abgeordnetenhauses größtmöglich Abstand genommen worden wäre, grade das von der Besitzschaft der andern Gutsbezirke des Hirschberger und anderer Kreise sich immer noch wesentlich unterscheidende ganz eigenthümliche Verhältnisse des hiesigen Gutsbezirks der Warmbrunner Ortsgemeinde gegenüber gewiß eine eingehendere Begründung erfahren haben würde. Der Warmbrunner Gutsbezirk ist nämlich aus 3 Theilen zusammengesetzt, 1) einem alten gräflichen Theil, dessen jetzt ganz verwundene Domänen-Gebäude auf dem jetzigen gräflichen Park standen; 2) einem sogenannten neugräflichen Theil, der sogenannten Probstie, einer vor ca. 500 Jahren an das frühere Esterzienser-Kloster Grüssau von der Herrschaft Rynast gemachten, durch die Säcularisation der Klöster im Jahre 1810 aber von der Herrschaft Rynast im Jahr 1814 im Wege des Rücktaus vom Fissus erworbenen Schenkung; 3) den gegenwärtig als Jorenzen erklärten, nach und nach aus der Gemeinde Warmbrunn erworbenen und jetzt noch darin belegenen Privathäusern, welche anfanglich bei Einführung der Kreisordnung ebenfalls als nicht communalpflichtiger Bestandteil des durch erste erklärten selbstständigen Warmbrunner Gutsbezirks, erst neuerdings durch Entscheidung des Hirschberger Kreis-Ausschusses im Interesse der Gemeinde Warmbrunn wieder für einen Bestandteil der Gemeinde Warmbrunn und als solcher für communalsteuerpflichtig erklärt worden ist. Zu den Jorenzen gehört auch der jetzige des Badens belegene, durch verschiedene Ankäufe von Privathäusern nach und nach in jüngerer Gestalt arrondierte herrschaftliche Gemüsegarten, sowie das große Badebadin und der an der Colonade gelegene, früher ebenfalls im Privathaus gestandene sogenannte Kurzaal, während vor dieser Erwerbung die Gallerie als eigentlicher Kurzaal fungirte.

t. Landeshut, 16. Juni. [Verschiedenes.] In der der Gemeinde Hermsdorf gehörigen Sandgrube bei Grüssau wurden am 11. d. Mts. gegen 10 Uhr Vormittags drei Arbeiterinnen nebst einem Ochsengepann von dem durch vorausgegangenes Gewitter erschütterten und aufgeweichten Sande derartig verblüfft, daß die Ausgrabung erst nach fünfstündiger Arbeit gelang. Von den Frauen war eine bereits tot, die anderen beiden mehr oder weniger schwer verletzt, so daß ihr Transport nach dem Marianenstift bemüht wurde. In demselben ist noch nachträglich eine der Frauen ihren Wunden erlegen. Von dem, dem Stellenbeitzer Maywald in Hermsdorf gehörigen Ochsengepann war der Wagen total zerstümmert, der eine Ochse verlor, daß er geschlachtet werden mußte. — Der hiesige Kreisphysicus Herr Dr. Auff ist zum Sanitätsrat ernannt worden. — Der anfänglich mit so regem Interesse aufgenommene Conjur-Verein scheint bereits im Rückgang begriffen zu sein, da von den Mitgliedern große Unzufriedenheit mit den Lieferanten ausgesprochen wird und bereits ein Theil gar nicht mehr bei denselben seine Waren entnimmt, also dadurch die Idee des Vereins illusorisch macht. Theilweise finden diese Klagen ihre Begründung in dem willkürlichen Aufschlag der Waarenpreise gegen den Wortlaut des Contracts. Auch werden für überschießende Pfennige oft keine Marken verabfolgt, die Mitglieder oft unfreundlich von den Lieferanten oder deren Personal behandelt und die Waaren nicht preiswürdig geführt. Es wäre zu wünschen, daß von Seiten des Vorstandes den Klagen Gehör gegeben und den Uebelständen energisch abgeholfen würde.

D. Frankenstein, 16. Juni. [Verleihung. — Concert.] Der Sohn eines hiesigen Tischlermeisters wurde vor einigen Tagen durch einen Barbierlehrling mit einer Schere angesessen und hierbei im Genick derartig verletzt, daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Der Zustand des Knaben ist nicht ohne Gefahr; der Thäter befindet sich in Untersuchung. — Gestern gab die Capelle des 1. sächsischen Jäger-Bataillons Nr. 12 aus Freiberg i. S. im Garten des Bades „Schönbrunn“ ein Concert. Ungeachtet des günstigen Wetters und der anerkannt vorzüglichen Leistungen der Capelle war der Besuch im Concert-Garten ein nur spärlicher. Dagegen waren nahe liegende Gesellschafts- und Privat-Gärten und die nächsten Promenaden gut besetzt. Kunstgesellschaften erzielten hier überhaupt selten Erfolge.

○ Trebnitz, 16. Juni. [Markt. — Verschiedenes.] Der am 14. d. Mts. stattgefundene, vom besten Wetter begünstigte Jahrmarkt war von Kaufleuten sehr zahlreich besucht und bot der überaus reichlich bejubilte Viehmarktfest am frühesten Morgen ein Bild des regsten Verkehrs. Leider standen Angebot und Nachfrage im offenbaren Missverhältnis und erzielten diejenigen, welche bald verlaufen, jämmerliche Mittelpreise, während am späteren Morgen das Geschäft (doch gilt dies nur in Betreff des so überaus zahlreich zum Verkauf gestellten Rindviehs) ein sehr gedrücktes wurde. Anders war das Geschäft mit Schwarzbüch. Fertel der kleinsten Art wurden mit 15—21 Mark bezahlt und sogenannte Mittelschweine (mager) brachten 66—75 Mark das Paar. — Pferde waren weniger zahlreich aufgetrieben und wurde hier kein bedeutendes Geschäft gemacht. — Auf dem Krammarkt vernahm man überall nur die Klage über ganz schlechtes Geschäft, obgleich die Landbevölkerung, vom schönen Wetter angelockt, recht zahlreich vertreten war.

Im Laufe dieses Monats wird Herr Wandelerlehrer Rüger wiederum im hiesigen Kreise mehrere Vorträge halten und zwar morgen zu Frauenwaldau; den 18. d. M. zu Schwante; Tags darauf in Gr. Lütschütz und Sonntag, den 20. d. M. zu Gr. Martinau, wogegen der Vorstand des Trebnitzer landwirtschaftlichen Vereins seine Mitglieder zu rege Theilnahme einlädt. Am verflossenen Sonntag hielt Herr Pastor Strübl aus Ob.-Glogau bei seinem Lehrer-Vorstellung eine Thurnfahrt nach. — Am verflossenen Sonntag fand der Lehrer-Vorstellung eine Thurnfahrt nach dem Riesengebirge. Die Rückfahrt erfolgt Sonnabend.

Grottkau, 16. Juni. [Holen ultramontaner Erziehung.] Der Oberschlesische Bürgerfreund erzählt folgendes kaum glaubbares Geschichtchen, das wohl keines Kommentars bedarf. Bei dem am 15. d. M. stattfindenden Kinderfest ließ sich Herr Kaplan Jander aus Ottmadow dem Redakteur des genannten Blattes vorstellen, um verschiedene private Angelegenheiten mit ihm zu besprechen. Beide entdeckten bei dieser Gelegenheit, daß der Untere eigentlich gar nicht so schlau, als sein Ruf sein könne und die Unterhaltung zwischen ihnen nahm aus diesem Grunde zuletzt einen ganz freundschaftlichen Ton an. Als später nun Herr Kaplan Jander in der Begleitung seines neuen Bekannten sich auf einen anderen Punkt des Festplatzes begeben wollte, kam ein hiesiger, vom Schuhel bis zur Sohle erz-ultramontaner Handwerker an den Ersten herangetreten und forderte von ihm einige Augenblide Gehör. Kaum war Herr Kaplan Jander mit dem Menschen zur Seite getreten, als er von ihm die heftigsten Vorwürfe bekam, „wie er mit einem liberalen Lumpen sprechen könnte“ und was dergleichen Schmeicheleien mehr sind. Als Herr Jander sich diese Art mit ihm zu sprechen energisch verbot und sich von dem Menschen losmachen wollte, kam ein anderes Individuum hinzu, das ebenfalls stolz-ultramontan ist und sich schon häufig durch sein Auftreten gegen Liberalen auf die widerlichste Weise bemerkbar gemacht hat. Die beiden setzten nun das Schimpfen gegen Herrn Jander gemeinschaftlich

fort und gingen endlich in ihrer Verfeindschaft so weit, den Herrn Kaplan mit Stößen zu schlagen. Und das Alles nur, weil er sich mit einem Liberalen unterhalten hatte!!!

* Gletsch 17. Juni. [Dementi.] Die „Oberschl. Ztg.“ berichtet, daß sich die Nachricht, Herr Lotschulinspector Matern habe sein Amt niedergelegt, nicht bestätigt. Es hat allerdings eine Differenz in der Aussöhnung über Dispensation vom Religionsunterricht bestanden. Die königl. Regierung hat nämlich gestattet, daß es altkatholischen Eltern unbenommen sein soll, ihre Kinder von dem allgemeinen Religionsunterricht privat erheitert wird. Nun gibt aber gegenwärtig an der hiesigen katholischen Stadtschule nach der Amtseinführung des Herrn Kaplan Zaruba in einer der Clasen ein Lehrer den Religionsunterricht, welcher sich der altkatholischen Bewegung angeschlossen hat. Hierdurch fühlte sich ein hiesiger Bürgers in seiner Glaubensanschauung beengt und beantragte, seine Kinder von dem Religionsunterricht zu dispensieren, indem er den Nachweis führte, daß seine Kinder vom Herrn Kaplan Zaruba privat Religionsunterricht erhalten. Der Herr Lotschulinspector glaubte unter gleichzeitiger Anzeige an den Kreisinspektor die verlangte Dispensation ertheilen zu dürfen, die königl. Regierung ist dieser Ansicht nicht, vielmehr hat sie die Zurücknahme der Dispensation angeordnet und die Eltern aufzufordern lassen, die Kinder dem allgemeinen Religionsunterricht zuzuführen. Eine Zurückführung der römisch-katholischen Bürger kann hierin nicht geschehen werden. Denn eben so wenig wie die Staatsregierung dulden kann, daß jemand, der ihr den Gehorsam verweigert, im Amt bleibt, darf sie zugeben, daß dieselbe Person unter offener Umgebung der Regierungsmakrullen — das Abmelden vom allgemeinen und Ertheilung von Privatunterricht durch den seines Amtes entzogenen Kaplan wäre doch offenbar nichts anderes — den Kindern staatsfeindliche Grundsätze einimpfen.

* Lubinitz, 16. Juni. [Enthüllung.] Gestern gegen 4 Uhr Nachmittag entlebte sich mittels eines Pistolenblusses in den Parwanlagen der hiesigen Grottkauischen Wallen-Erziehungs-Anstalt in einem Schwermuthsanfall der 85 Jahr alte Apotheker und Particulier Herr N. aus Pleß, der sich hier seit einiger Zeit bequemshalb bei seinem Schwiegersohn, einem allgemein hochgeachteten königl. Beamten, aufhielt. Noch am Tag vor seinem Tode klage er darüber, daß er nun schon seit Jahren vollständig taub sei, mit keiner Person mehr unterhalten könne und daß ihm das Leben deshalb ganz überdrüssig sei. Daß dieses außerordentlichen Unglücksfalls wegen den Angehörigen allenfalls die größte Theilnahme gezeigt wird, liegt auf der Hand. Auch hoffen wir an dieser Stelle, daß dem so ehrenvoll alt gewordenen Enthüllten der hiesige evangelische Kirchenvorstand ein ehrenvolles, kirchlich-feierliches Begräbnis nicht versagen wird.

* Bütz, 11. Juni. [Verurtheilung.] Am 10. Jun. c. stand, wie die „Neiss. Ztg.“ schreibt, der Bauer-gutsbesitzer Greblich aus Polnisch-Obersdorf zu Neustadt auf der Anklagebank. Derselbe war angeklagt, am 14. März c. nach der damaligen polizeilichen Schließung der katholischen Volksvereinsversammlung in Bütz, welche Schließung jedoch bald wieder aufgehoben wurde, im Adler'schen Schanklokal an die an ihn gerichtete Frage eines Polizisten: „Wie geht's“ die Antwort gegeben zu haben: „Uns geht's schlecht, die Religion stirbt.“ Der Angeklagte, welcher der Sohn des gesperrten Weltgeistlers Reschla ist, wurde vom Kreis-Gericht Neustadt deshalb wegen Vergebens aus § 131 des Strafgesetzbuches mit 100 Mark Geldstrafe, im Unterlagsfalle mit 20 Tagen Gefängnis bestraft. — Dasselbe Blatt berichtet, daß die beiden gesperrten Pfarr-Administratoren Ullmann aus Kreuzendorf, sowie Sterz aus Soppau von einem Gendarmen durch Neustadt transportiert wurden. Bekanntlich sind diese Herren aus dem Kreise Neustadt ausgewiesen.

□ Krappitz, 14. Juni. [Unglücksfälle.] In voriger Woche ertrank hierorts der ungefähr 30 Jahr alte Conditor Steffke beim Baden. Die ihm verlobte Braut sank bei der Todesnachricht bewußtlos nieder und mußte in diesem Zustande nach Hause getragen werden. Immer mehr und mehr tritt der Wunsch gerechtfertigt auf, daß endlich Sorge getragen werde für einen sichereren Badeplatz. Jedem Unfundenen hat bis jetzt die Oder und Hohenplock sichern Tod bereitet. — Vor kurzem schlug ein Schulkind dem andern beim Heimweg aus der Schule ein Auge aus.

h. Bad Goczałkowiz, 16. Juni. [Badedecken.] Wenn auch nicht so lebhaft wie in Lurgusdörfern, aber doch auch nicht so ohne alle Unmöglichkeiten, wie oft irrigerweise angenommen wird, ist unser hiesiges Badedecken; wir suchen uns eben still vergrüßt und den Verhältnissen entsprechend, zu amüsieren; an rauschende Vergnügungen können ja die hiesigen Turgäste wenig denken, da ihnen durch ihre rheumatische oder sonstige Leiden schon der nötige Dämpfer aufgesetzt wird. — Wer aber seine derartigen Leiden los werden will, der kommt nur getrost hierher, und er wird finden, was er sucht, oder vielmehr verlieren, was er gern los sein möchte. Durch die unermüdliche liebenswürdige Sorge, deren sich die beiden hiesigen Herren Arzte: Sanitätsrat Dr. Babel und Dr. Friedländer um unjäre Gesundheit bemühen, werden wir, wenn wir in diätetischer oder sonstiger Beziehung ja einmal strandeln, immer wieder auf den richtigen Weg zurückgeführt. — Durch den in der Badeverwaltung stattgehabten Personenwechsel hat Bad Goczałkowiz in Herrn Director Müller einen höchst liebenswürdigen Repräsentanten erhalten. — Das hiesige Bade-Journal weist schon 200 Gäste nach; Wohnungen sind trotzdem bis jetzt zwar noch genug vorhanden, dieselben dürfen jedoch

